Stadt Langenzenn Beschlussbuchauszug

83. Sitzung des Stadtrates am 18.09.2025

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes war öffentlich.
Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, Beschlussfähigkeit war gegeben.

---

8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; hier: Verzicht der Ausrichtung der Landesgartenschau 2032 (Absage der Landesgartenschau)

Sachverhalt:

Von der SPD-Stadtratsfraktion wurde der Antrag gestellt, die Landesgartenschau 2032 Langenzenn bereits jetzt abzusagen.

Die Verwaltung weißt auf Folgendes hin:

- Es gibt bis heute weder eine Planung der Landesgartenschau 2032 noch
- gibt es deshalb eine Kostenschätzung.
- Eine inhaltliche Befassung mit der Landesgartenschau und damit eine Weiterentwicklung des Bewerbungskonzeptes fand seit 2022 im Stadtrat nicht statt.
- Wesentliche Ideen aus der Bürgerschaft wurden nicht aufgegriffen und diskutiert.
- Die Finanzierung der Landesgartenschau war im Beschluss des Stadtrates zur Bewerbung im Jahr 2022 nicht über Neuverschuldung, sondern über Grundstücksverkäufe vorgesehen. Die entsprechenden Grundstücke sind im Eigentum der Stadt und könnten jederzeit entwickelt und veräußert werden. Im Zuge und Licht einer LGS dürfte eine Vermarktung von Baugrundstücken selbst bei einer anhaltenden Baukrise unproblematisch möglich sein.
- Als nächster Schritt zur Umsetzung der LGS wäre für ca. 60.000 € eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, sofern nicht direkt in den Realisierungswettbewerb, Kosten ca. 400.000 €, eingestiegen wird.
- Vor der Machbarkeitsstudie muss der Stadtrat definieren, welche Maßnahmen im Zuge der LGS realisiert, welche Areale integriert werden sollen etc.
- Für diese Machbarkeitsstudie hat ein Sponsor die Kostenübernahme zugesagt. Die Machbarkeitsstudie klärt, was die LGS kosten würde und ermittelt, welche Maßnahmen in welcher Höhe über welche Fördermittel unterstützt werden.
- Die Bahn hat 30-Minuten-Takt, Barrierefreiheit der Haltestellen und Sanierung der Bahnübergänge bis zur LGS zugesagt. Ob diese Zusage auch ohne LGS gilt, kann zumindest in Frage gestellt werden.
- Für die LGS wesentliche Daten zum Hochwasserschutz werden nach Aussagen des Wasserwirtschaftsamtes gegen Jahresende 2025 vorliegen. Da voraussichtlich Bauwerke für den benötigten Hochwasserschutz mit Bauwerken der Landesgartenschau kombiniert werden können, könnten sich bei den Herstellungskosten des Hochwasserschutzes in Verbindung mit der Landesgartenschau millionenschwere Synergien und Einsparungen von mehreren Millionen € ergeben.

Eine Absage zum jetzigen Zeitpunkt wäre ohne Kenntnis von Kosten, Nutzen und Synergien.
Für die Stadtentwicklung wesentliche Möglichkeiten würden damit ohne Not verspielt, bei einer Absage gäbe es kein „Zurück“ mehr.

Es wurden über 1.000 Unterschriften im Rahmen einer online-Petition für die Durchführung einer kostenfreien Machbarkeitsstudie gesammelt, um zunächst belastbare Klarheit über die tatsächlichen Kosten und Chancen der Landesgartenschau zu gewinnen.
Darüber hinaus zeigte sich ein breites öffentliches Interesse – sowohl durch die hohe Zahl an Besucherinnen und Besucher in den Stadtratssitzungen als auch bei öffentlichen Informationsveranstaltungen zum Thema Landesgartenschau, organisiert von den Grünen. Eine Entscheidung für die Absage der Landesgartenschau und damit gegen die Machbarkeitsstudie würde dieses deutliche Engagement der Bürgerschaft unberücksichtigt lassen.

Eine weitere Gruppe hat ca. 150 Unterschriften durch öffentliche Auslage in einigen Langenzenner Geschäften gesammelt und diese an den Stadtrat übergeben. Auch sie fordert: keine Absage ohne Kostenschätzung.

Stadtrat Erhard moniert, dass seit der Stellung des Antrages fast ein Jahr vergangen sei und der Punkt jetzt nur wegen dem Bescheid der Rechtsaufsicht geladen werde. Er beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Stadtrat Gawehn wehrt sich vehement gegen eine Vertagung. Es hätte zahlreiche Zeitungsartikel gegeben, stundenlange Diskussionen im Stadtrat, Stadträte seien sogar zur Rechtsaufsicht gegangen um den Punkt nun endlich abschließend beraten zu können und nun möchten die Antragsteller, dass der Punkt vertagt wird. Es stehe dem Gremium wesentlich besser zu, wenn der Punkt anstelle ihn zu vertagen ganz einfach per Beschluss beendet wird – aus seiner Sicht besser keine Absage der Landesgartenschau. Er bittet darum, dass heute entschieden wird.

Bürgermeister Habel schließt sich dem an, es gibt keinen Grund, die Entscheidung noch länger hinauszuzögern. Es gilt Farbe zu bekennen: Absage wie von der SPD beantragt ohne Kosten-Nutzen-Prüfung oder Weitermachen.

Es entwickelt sich eine breite Diskussion.

Stadträtin Osswald stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf sofortige Abstimmung.

einstimmig beschlossen **Dafür: 21 Dagegen: 0**

Beschluss:

Stadtrat Erhart stellt einen Antrag auf Vertagung.

mehrheitlich beschlossen Dafür: 14 Dagegen: 7

Die Richtigkeit der Beschlussabschrift wird hiermit bestätigt.

Stadt Langenzenn, 27.10.2026

Habel
Erster Bürgermeister